



LAMSA Newsletter

Ausgabe Nr.
17/2017-03

Editorial

„Hier lebe ich, hier wähle ich“ heißt das große Projekt des Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V. zur Bundestagswahl, das fünf Wochen vor dem Wahltag gestartet ist. Das Projekt war Teil einer Bundeskampagne, die auf das fehlende Wahlrecht für Migrant*innen in Deutschland aufmerksam gemacht hat. Als am 24. September die Mitglieder des 19. Deutschen Bundestages gewählt wurde, durften über 4,5 Millionen volljährige und dauerhaft in Deutschland lebende Menschen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit nicht wählen, obwohl sie seit durchschnittlich 19 Jahren hier leben. „Dies ist ein Problem“, so Dr. Karamba Diaby, Schirmherr des Projektes und Mitglied des Bundestages, denn „Demokratie lebt von der Teilhabe der hier lebenden Menschen. Wenn viele Millionen Menschen in Deutschland nicht wählen dürfen, haben wir eine Legitimationslücke. Deshalb gilt: Wer hier lebt, sollte auch politisch an der Demokratie teilhaben und sie mitgestalten können.“ Schließlich sind Migrant*innen ohne deutschen Pass genauso betroffen von politischen Entscheidungen wie deutsche Staatsbürger*innen.

Den Videoclip zum Projekt „Hier lebe ich, hier wähle ich“ finden Sie [hier](#). Die Postkarten und T-Shirts gibt es noch im LAMSA-Büro. Lesen Sie mehr über die vielfältigen Aktionen in Halle, Dessau-Roßlau und Magdeburg in unserem Artikel in diesem Newsletter.

Auch das neue Projekt „MeMoGA – Mentoring-Modelle für Geflüchtete als nachhaltiger Baustein der Integration in den Arbeitsmarkt“ stellen wir ausführlich in dieser Ausgabe vor.

Die Teilhabe ist unser Kernthema – auch innerhalb des Landesnetzwerks. Deshalb bitten wir alle Mitglieder, den 10. und 11. November in ihrem Kalender vorzumerken. Das ist der Termin für unsere jährliche Landeskongress in Halle. Hier gibt es viele Möglichkeiten, sich als LAMSA-Mitglied zu beteiligen und mitzubestimmen.

Wir freuen uns auf Ihre/Eure Mitwirkung!



Mamad Mohamad

INHALTSVERZEICHNIS

1. Editorial
2. Interview mit Mamad Mohamad, Geschäftsführer des LAMSA e.V.
3. Wahlkampagne "Hier lebe ich, hier wähle ich"
4. Projekt MiiDU-Migrant*innen in duale Ausbildung
5. Projektvorstellung MeMoGA Mentoring-Modelle für Geflüchtete
6. Projekt SiSA Sprachmittlung in Sachsen-Anhalt
7. Landeskongress des LAMSA 2017 LAMSA-Botschafter*innen gesucht
8. Termine
9. Impressum



Nach der teilweise emotionalen Diskussion im Wahlkampf hat Deutschland nun den Bundestag gewählt. Die Ergebnisse stehen fest, die Regierungsbildung ist in Vorbereitung. Die Redaktion sprach mit Mamad Mohamad, dem Geschäftsführer des LAMSA, über die politische Teilhabe von Migrant*innen, die Wahlergebnisse und die Zukunft der Vielfalt.

Herr Mohamad, LAMSA beschäftigt sich seit seiner Gründung im Jahr 2014 intensiv mit dem Thema politische Partizipation von Migrant*innen, führt Maßnahmen der politischen Bildung durch und ist seit 2015 Projektträger im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Wie politisch ist LAMSA in diesen Jahren geworden?

LAMSA ist ein Zusammenschluss von Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen-Anhalt. Als Dachverband der Migrant*innenorganisationen (MO) vereint LAMSA Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung sowie religiöser Zugehörigkeit und repräsentiert eine Einheit der Vielfalt. Von Anfang an hatte LAMSA den klaren Auftrag, die Interessen der Migrant*innen nach außen, also unter anderem gegenüber der Landespolitik, zu vertreten.

Welche Schwerpunkte setzen Sie, um die politische Teilhabe der Migrant*innen zu verbessern?

Im LAMSA sind unterschiedlichste Interessen vertreten. Das ist einerseits eine große Chance für Vielfalt, birgt aber auch die Herausforderung, die wichtigsten gemeinsamen Interessen zu erkennen und zu bündeln. Demokratieentwicklung ist unser großer gemeinsamer Nenner. Dafür bieten wir regelmäßig Qualifizierungsmaßnahmen an. Unsere Berater*innen stehen den Migrant*innenorganisationen bei Problemen, Konflikten und Partizipationshindernissen zur Seite, führen Workshops durch und moderieren auch schwierige Gespräche und Auseinandersetzungen. Wichtig dabei ist, dass die Akteure vor Ort unterstützt werden. Die MOs haben sich in den letzten Jahren entwickelt, viele neue Organisationen sind entstanden. In der derzeitigen schwierigen Lage wird die politische Bildung als Basis für demokratisches Handeln immer wichtiger. Als Handlungsgrundlage für unseren Verband und seine Mitglieder haben wir in einem partizipativen Verfahren im vergangenen Jahr unser gemeinsames Leitbild erstellt.

Bei der sogenannten Probewahl anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016 wurde LAMSA gerade aufgrund seiner politischen Partizipation durch einschlägig rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppen attackiert. Wie erklären Sie diesen Widerstand von außen?

Durch die Probewahl hat LAMSA der politischen Partizipation ein unverkennbares Gesicht und eine hörbare Stimme gegeben. Das gefällt einigen Personengruppen, die gegen die Vielfalt in der Bevölkerung sind,

nicht. Zunächst waren einige von uns durch die Attacken sehr verunsichert. Wir haben versucht, mit der Situation auf mehreren Ebenen umzugehen. Es galt, sich von der Unsicherheit nicht entmutigen zu lassen, sondern Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Zudem haben wir beschlossen, uns selbstbestimmt, nach dem Motto „Kreativität statt Ohnmacht“, öffentlich zu positionieren. So haben wir beispielsweise aus den Steinen, mit denen das Wahllokal zugemauert worden war, „Wegesteine der Partizipation“ gemacht und diese als Trophäen an unsere Unterstützer verschenkt. Zum Sachsen-Anhalt-Tag 2017 haben wir weiße Schaufensterpuppen im LAMSA-Zelt ausgestellt, um – in provokativer Überzeichnung – zu verdeutlichen, wie das Gegenteil von Vielfalt aussehen könnte.

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat das Thema Flucht und Migration eine große Rolle gespielt. Die gesellschaftliche Debatte war sehr interessant für uns, nicht wahr?

Nicht vorrangig das Thema Migration, sondern die rechtspopulistischen Dispute haben das politische Diskussionsklima stark beeinflusst. Die Medien und auch die etablierten Parteien haben teilweise die populistische Rhetorik während des Wahlkampfs übernommen und so die sachgemäße Diskussion unmöglich gemacht. Auf Seiten der Migrantinnen und Migranten hat sich dadurch die Unsicherheit noch erhöht. Nun müssen wir gemeinsam versuchen, nüchtern und ohne Aggressivität über den politischen Minimalkonsens nachzudenken.

Wie betrachten Sie die Ergebnisse der Bundestagswahl?

Nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im vorigen Jahr überraschen mich die jetzigen Ergebnisse nicht. Es ist klar, dass die Bundestagswahl auch eine Protestwahl war. Es gibt ernst zu nehmende Sorgen, Ängste und Ärger in unserer Gesellschaft. Aber ob den „besorgten Bürger*innen“ bewusst ist, wen sie gewählt haben und was sie damit bewirken? Das kann ich nicht beantworten.

Was bedeutet dies für LAMSA, bzw. für die Migrant*innen?

Wir müssen unsere bewährte Arbeit hartnäckig fortsetzen, um die bisher gewonnene Akzeptanz für unsere Positionen weiter zu vergrößern. Maßnahmen für Vielfalt sind keine Notstandsarbeit, sondern müssen kontinuierlich umgesetzt werden. Bei der Integration handelt es sich um einen unumkehrbaren Transformationsprozess für die ganze Gesellschaft, in den wir uns einbringen müssen. Wir werden unsere Kernkompetenzbereiche weiter entwickeln, und diese im Sinne des Gemeinwohls und unseres Leitbilds in den Fokus stellen. Das sind wir den Migrant*innen im Land schuldig. Wir setzen unsere Vielfalt nicht aufs Spiel. Diese ist eine großartige Errungenschaft und Bereicherung in Sachsen-Anhalt.

Darüber hinaus wollen wir weitere Plattformen für den politischen Austausch schaffen. Eine zukunftsfähige und gerechte Gesellschaft gelingt nicht durch Abschottung, sondern durch Austausch. Die Demokratie und die gemeinsame Zukunft in unserer Gesellschaft können und müssen täglich aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Das ist, aus meiner Sicht, der einzige Weg für ein friedliches Miteinander der Menschen auf unserer Erde. Wer diesen Minimalkonsens in Frage stellt, gefährdet den mühsam entwickelten Frieden in Deutschland. Dem gilt es, sich entgegenzustellen und entschlossen für eine offene und inklusive Gesellschaft einzutreten. Dazu kann jeder in seinem Alltag, ob im Klassenzimmer, in der Kaufhalle oder auf der Straße, einen Beitrag leisten. Beginnen können wir jetzt und hier, in unseren Köpfen. Darüber müssen wir reden.

**Teil einer bundesweiten Kampagne zum Wahlrecht für Migrant*innen**

Parallel zur Bundestagswahl 2017 hat LAMSA einen Wahlkampf für politische Partizipation und gleichberechtigtes Wahlrecht gestartet. Mit dem Wahlprojekt „Hier lebe ich, hier wähle ich“, wurde auf das fehlende Wahlrecht von in Deutschland lebenden Migrant*innen aufmerksam gemacht. Migrant*innenvertretungen

und -organisationen in ganz Deutschland haben sich dafür zum Kampagnen-Netzwerk „wir wählen“ zusammengeschlossen.

Mit symbolischen Wahlen, vielen Veranstaltungen, einer Postkartenaktion, Ständen in Fußgängerzonen, T-Shirts und einem [Video](#) wurde auf das Thema aufmerksam gemacht. Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund wurden motiviert, ihr Wahlrecht zu nutzen und Noch-Nicht-Wahlberechtigte eingeladen, symbolisch ihre Stimme in einem der für die Kampagne eingerichteten Wahllokale abzugeben. Dort wurde parallel - und nach dem gleichen Verfahren - ebenfalls der 19. Deutsche Bundestag gewählt. Nach der Wahl wurden die Stimmzettel den gewählten Abgeordneten öffentlich überreicht.



Große Teile der Wohnbevölkerung in Deutschland sind von politischen Wahlen ausgeschlossen

4,5 Millionen volljährige und dauerhaft in Deutschland lebende Menschen mit einer nicht-deutschen Staatsangehörigkeit dürfen nicht wählen, obwohl sie seit durchschnittlich 19 Jahren hier leben. Dies ist ein Problem, so Dr. Karamba Diaby, Mitglied des Bundestages und Mitbegründer des LAMSA, denn „Demokratie lebt von der Teilhabe der hier lebenden Menschen. Wenn viele Millionen Menschen in Deutschland nicht wählen dürfen, haben wir eine Legitimationslücke. Deshalb gilt: Wer hier lebt, sollte auch politisch an der Demokratie teilhaben und sie mitgestalten können.“

Für Mamad Mohamad, Geschäftsführer des LAMSA ist es schlicht „undemokratisch“, wenn Menschen, die bereits viele Jahre in Deutschland zu Hause sind, hier arbeiten und Steuern zahlen, nicht darüber mitentscheiden dürfen, wie die Steuergelder verwendet werden. „Schließlich sind Migrant*innen ohne deutschen Pass genauso betroffen von politischen Entscheidungen wie deutsche Staatsbürger,“ so Mohamad weiter.

Fehlendes Wahlrecht erschwert die Integration Zugewanderter

Der Ausschluss eines Teils der Bevölkerung von politischen Wahlen sei nicht nur ein Problem für das politische System, sondern auch für die Integration von Migrant*innen, meint Tien Duc Nguyen, Vorsitzender des LAMSA e.V.: „Was sagt das über die Wertschätzung zugewanderter Menschen aus, wenn man ihnen zu verstehen gibt, dass sie sich an in Deutschland bestehende Gesetze und Regeln des Zusammenlebens halten müssen, nicht jedoch über diese Regeln mitentscheiden dürfen?“. Es sei „schlicht ein Widerspruch, wenn man einerseits fordert, dass die hier ankommenden Menschen sich integrieren müssen, sie andererseits aber durch den Ausschluss von politischer Teilhabe daran hindert“, so Nguyen weiter.

Auch Susi Möbbeck, Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt sowie Landesintegrationsbeauftragte und Förderin des Projekts, betont die Wichtigkeit politischer Teilhabe für die Integration von Migrant*innen: „Unsere Gesellschaft lebt von der aktiven Mitgestaltung aller Menschen. Mit dem Wahlprojekt möchten wir jene Menschen zur Teilhabe ermutigen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns geflohen sind oder die eingewandert sind, um hier zu arbeiten oder zu studieren. Menschen, die ein Leben in Frieden und in einer Demokratie führen wollen. Ihre Integration kann umso besser gelingen, wenn sie sich aktiv in unsere Gesellschaft einbringen können und wir ihnen eine Stimme geben“.



Politische Wohnzimmergespräche – ein Diskussionsformat

Im Rahmen des Projekts fanden in Halle, Dessau-Roßlau und Magdeburg so genannte „Politische Wohnzimmergespräche“ statt, bei denen die Mitglieder des LAMSA mit Bundestagskandidat*innen aus ihren Wahlkreisen in privater Atmosphäre ins Gespräch kommen konnten.

Dabei standen folgende Themen im Mittelpunkt: Die grundsätzliche Anerkennung von Migrant*innen, als fester Bestandteil der Bevölkerung in Deutschland, ist Konsens in unserer Gesellschaft. Darauf aufbauend muss jedoch zwangsläufig die Frage nach ihrer Repräsentation im politischen System gestellt und beantwortet werden. Von den 9,1 Millionen auf dem Bundesgebiet lebenden Menschen nicht-deutscher Herkunft, sind rund 4 Millionen Angehörige von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die zumindest auf kommunaler Ebene über ein aktives und passives Wahlrecht verfügen. Staatsbürger*innen aus Drittstaaten dagegen sind von der formalen Repräsentation in Parlamenten jedoch nahezu ausgeschlossen, obwohl sie in ihrer Eigenschaft als Bewohner*in eines bestimmten Gebietes und/oder als Eigentümer*in bzw. Steuerzahler*in, in jedem Fall aber als Betroffene von Entscheidungen Ansprüche auf politische Beteiligung haben.

Die Politiker*innen der eingeladenen Parteien stimmten der Position des LAMSA e.V. zu und betonten zudem die Bedeutung des Dialogs und der Integration auf Augenhöhe für die Gesellschaft. Obwohl das Thema „Wahlrecht für Drittstaatsangehörige“ bei keiner der vertretenen Parteien Teil des Wahlprogramms war, wurde die Bereitschaft von einigen Politiker*innen signalisiert, das Thema in den nächsten Bundestag einzubringen. Wichtig zu wissen ist dabei, dass eine Änderung des Wahlrechtes auch eine Änderung des Grundgesetzes notwendig macht.

Darüber hinaus wurden weitere Probleme, wie z.B. Populismus und Beleidigung von Mandatsträger*innen, thematisiert. Auch das aktuelle Einwanderungsgesetz und seine möglichen Folgen wurden diskutiert. Auf Grund der Vielzahl der aktuellen Themen ist eine Fortsetzung der Gespräche geplant.



LAMSA fordert das Wahlrecht auch für Drittstaatsangehörige

Generell sollte in Zeiten weltweit zunehmender Mobilität darüber nachgedacht werden, ob die strikte Kopplung des Wahlrechts an die deutsche Staatsbürgerschaft noch zeitgemäß ist. So ist mit der Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Staatsangehörige ein erster Schritt getan, dem nun die Öffnung des Wahlrechts auch für Drittstaatsangehörige, also Menschen, die weder die deutsche noch die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedsstaates haben, folgen muss. So fordert LAMSA das Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen, gleich welcher Staatsangehörigkeit. Wer von politischen Entscheidungen betroffen ist, sollte durch das Wahlrecht an dem Zustandekommen der Entscheidungen beteiligt sein.

Vielfalt gewinnt – auch nach der Bundestagswahl

Trotz der Anfeindungen im Verlauf der Probewahlen zur Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt, fiel die Entscheidung, im Vorfeld der Bundestagswahl ein Wahlprojekt durchzuführen, nicht schwer. Dank der Solidarität und Unterstützung von vielen Seiten, fühlte sich LAMSA gewappnet: „Von den Übergriffen von Rechtsextremisten auf das Wahlprojekt zur Landtagswahl 2016 lassen wir uns nicht einschüchtern. Hetze und Ausgrenzung erteilen wir eine Abfuhr. Vielfalt gewinnt!“, so die Ansage von Susi Möbbeck zum Projektstart.

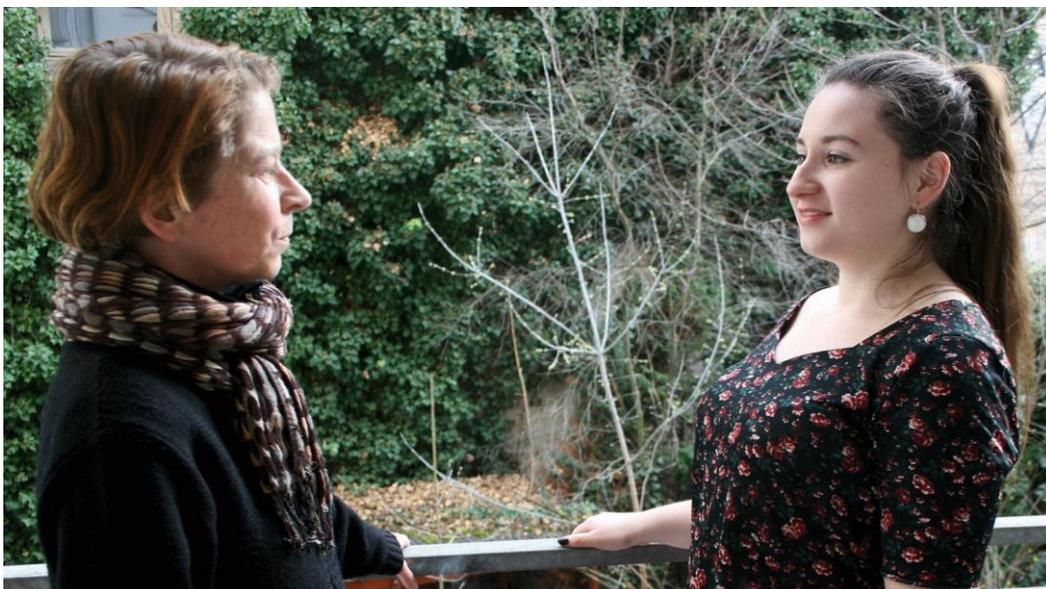
Gefördert wurde das Projekt durch das Ministerium Für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt. Schirmherr war der halesche Bundestagsabgeordnete und LAMSA Gründungsmitglied Dr. Karamba Diaby.

4

Projekt MiiDU - Migrant*innen in duale Ausbildung

Interview

Die MiiDU-Projektmitarbeiterin Monika Kubrova führt in loser Folge Interviews mit jungen Migrant*innen durch und beschreibt deren Berufseinstieg. Die Reportagen vermitteln die konkreten Probleme junger Menschen auf ihrem Weg in den Beruf. In dieser Ausgabe stellt sie die Auszubildende Alina Zelenchenok vor.



Der Weg zum Beruf: Alina Zelenchenok, Auszubildende für Gesundheits- und Krankenpflege im ersten Jahr

Als MiiDU-Mitarbeiter*innen erleben wir häufig, dass Teilnehmer*innen in ihren Berufswünschen wechselhaft sind und unberechenbar erscheinen. Das liegt möglicherweise an der mangelnden Erfahrung im Umgang mit dem deutschen Schul- und Ausbildungssystem. Um dieses Phänomen besser zu verstehen, bitte ich jemanden zum Gespräch, der dieses System von Grund auf kennt. Alina Zelenchenok ist 19 Jahre jung und im ersten Ausbildungsjahr als Gesundheits- und Krankenpflegerin am Martha-Maria-Krankenhaus in Halle-Dörlau tätig. Wir treffen uns an einem Dienstag im März 2017 in der Zweigstelle des LAMSA in Halle. Von Alina möchte ich wissen, wie und warum ihre Wahl auf diesen Ausbildungsberuf gefallen ist und wie sich ihre Vorstellungen von ihrem künftigen Arbeitsleben entwickelt haben.

Alinas Eltern kamen im Sommer 1997 aus der Ukraine nach Deutschland, zum Jahresende wurde sie in Halle geboren. Alina würde sich selbst wohl nicht als Migrantin bezeichnen, sondern als Deutsche mit ukrainischen Wurzeln. In der Familie wird zumeist russisch gesprochen, ihr Deutsch ist tadellos. Sie hat zwei Muttersprachen, in denen sie sich zu Hause fühlt. Im Anschluss an die Grundschule besuchte sie das Christian-Wolff-Gymnasium, wo sie 2016 ihr Abitur, mit einem Notendurchschnitt von 2,0, abgelegt hat.

Eine Entscheidung treffen

Haben Sie bereits zu Abiturzeiten gewusst, dass Sie in Richtung Gesundheitspflege gehen würden, frage ich Alina. „Na ja, zuerst wusste ich nicht so richtig, was ich machen will“, sagt sie, um dann nachzusetzen: „Mein Traumberuf ging in Richtung Designstudium. Das wollte ich. Das ist meine Welt.“ Mit dieser Kluft zwischen Traum und Wirklichkeit hatte ich nicht gerechnet. Meine weiteren Fragen ergeben, dass es im Alter von 18 Jahren einfach nicht leicht ist, eine so weitreichende Entscheidung über die eigene Zukunft zu treffen. Zwar gab es an der Schule berufsorientierende Veranstaltungen, aber dennoch überwog zum Ende der Schulzeit bei Alina, wie bei vielen ihrer Mitschüler*innen, die Unsicherheit. „Was machen wir jetzt? 12. Klasse, Abi und was dann?“, so Alina. Einige fingen an zu studieren, andere begannen ein Freiwilliges Soziales Jahr und brachen es ab, begannen ein Studium, das dann doch nicht das Richtige war. Andere jobbten und schoben die Berufsentscheidung zunächst hinaus. Alinas Entscheidung für eine Ausbildung ging stark auf den mütterlichen Einfluss zurück. Design sei ihr Traum, aber sie habe „auch viel mit Mama geredet und die hat gesagt: ‘Du, ich weiß nicht, ob das ein Beruf mit Perspektive ist. Es gibt überall so viele Künstler.’“ Die Mutter arbeitet seit zehn Jahren im mobilen Pflegedienst und legte ihr aus eigener Erfahrung die Vorteile der Arbeit nahe. Eine Ausbildung im Pflegebereich sei etwas, worauf man im späteren Leben immer zurückgreifen könne. Wenn Alina sagt, ihre Mutter sei jetzt froh, „dass ich etwas gefunden habe, was mir eigentlich gefällt und was ich durchziehen möchte“, so klingt das nicht nach Begeisterung, aber doch nach Entschlossenheit, das einmal Begonnene auch zu beenden. Das unwägbare Designstudium tritt hinter eine solide Ausbildung, die Sicherheit verspricht, zurück.

Erste Erfahrungen machen

Für ihren Ausbildungsplatz hat Alina im Internet recherchiert und erhielt nach nur einem Bewerbungsgespräch die Zusage. Seit September 2016 wechselt sie im vierwöchigen Rhythmus zwischen der Christlichen Akademie für Gesundheits- und Pflegeberufe, wo sie ihre theoretische Ausbildung erhält,

und dem Krankenhaus, dem Ort ihres praktischen Lernens. Hier überraschte sie die Stationsmitarbeiter*innen mit ihren muttersprachlichen Russischkenntnissen. Bei Bedarf wird sie nun zu den Visiten hinzugezogen, um zu dolmetschen. Zu ihren regulären Aufgaben gehören u. a. die Unterstützung bei der Körperpflege und die Kontrolle der Vitalzeichen mittels Blutdruck- und Pulsmessung. Zu Beginn, erzählt Alina, war sie nicht frei von Berührungsängsten, da sie bisher nur wenig Kontakt zu kranken Menschen gehabt hatte. Doch inzwischen habe sie sich daran gewöhnt. „Wenn ich jetzt zur Arbeit gehe, weiß ich, was ich zu tun habe und finde es toll, Menschen zu helfen und ihnen ein Lächeln ins Gesicht zu zaubern.“

Gefragt nach ihrer Ausbildungsvergütung, äußert sie sich sehr zufrieden. Alina erhält im ersten Jahr ca. 800 Euro pro Monat. Davon kann sie, die erst vor Kurzem von zu Hause ausgezogen ist, sich eine Zweizimmer-Wohnung leisten und auch ihre sonstigen Lebenshaltungskosten selbstständig bestreiten. Sie meint, mit einem Studium wäre das nicht möglich gewesen.

Zwischenbilanz

Welchen Rat Alina jungen Migrant*innen geben könnte, die eine Ausbildung beginnen möchten, frage ich. Sie sagt, es sei auf jeden Fall von Vorteil, eigenes Geld zu verdienen. Des Weiteren gibt sie den Tipp, sich vorher gründlich zu informieren und wenigstens ein kurzes Praktikum zu machen. Auf keinen Fall solle man ohne Vorerfahrungen in eine Ausbildung gehen, damit man von Anfang an sicher sei, das Richtige zu tun. Alina rät dies vor dem Hintergrund, dass sie selbst ohne Praktikum und mit nur ungenauen Vorstellungen von dem, was sie erwarten würde, in die Ausbildung gegangen ist: „Ich frage mich manchmal, hey Alina, warum hast du nicht vorher mal geschaut, was es so alles gibt. Ich bin eher reingerutscht. Zum Glück passt es halt.“

Zukunftspläne

Auch wenn die Zeit nach dem Abitur stärker von Unsicherheiten, als von Gewissheiten getragen wurde, so ist Alina doch zuversichtlich, was ihre Zukunft anbelangt – eine Zuversicht, die ohne ihre gewonnenen Erfahrungen am Ausbildungsplatz nicht vorhanden wäre. Auf meine Frage, ob sie später im Beruf der Gesundheits- und Krankenpflegerin arbeiten möchte, antwortet sie: „Also, mir gefällt es, aber ich kann mir nicht vorstellen, ein ganzes Leben in denselben Arbeitsroutinen zu verbringen. Manche Schwestern arbeiten hier seit sehr vielen Jahren ohne einen Karrieresprung. Ich will das nicht. Ich möchte auf jeden Fall studieren. Mit meiner Ausbildung kann ich Gesundheits- und Pflegewissenschaften an der Uni studieren. Oder auch Gesundheitsmanagement oder Gesundheitspädagogik.“

Für eine junge Frau, die noch vor einem knappen Jahr nicht wusste, was sie nach dem Abitur mit sich anfangen sollte, ist dies ein erstaunlich klarer Karriereplan und so scheue ich mich nicht, ihr zum Abschluss unseres Gespräches die Zehn-Jahres-Frage zu stellen. „In zehn Jahren“, sagt sie, „stelle ich mir vor, dass ich eine Familie und Kinder habe. Und einen festen Beruf. Ich weiß noch nicht genau wo, ob eher auf der Station oder im Pflegemanagement. Auf jeden Fall Familie und einen festen Beruf.“

Erfahrungen sammeln dank MiiDU

Nach dem Gespräch mit Alina wird mir klar: Wenn MiiDU-Teilnehmer*innen sprunghaft ihre Berufswünsche ändern, liegt das daran, dass diese, als neu ins Land gekommene, bei der Berufsorientierung vor ungleich größere Herausforderungen gestellt sind. Doch gleichermaßen sind sie, wie Alina, junge Menschen mit ihren Wünschen und Träumen. Zwischen Design und Pflege liegen Welten - Alina hat sich von ihrem großen Traum verabschiedet und sich für das Machbare entschieden. Ihre konkreten Zukunftspläne entwickelte sie aus der Erfahrung ihres ersten Ausbildungsjahres heraus. Das bedeutet nicht, irgendeine Ausbildung um der Ausbildung willen zu beginnen – Alina sagt selbst, es war Glück, dass es passte. Aber ihr Erfahrungsbericht unterstreicht, dass jede und jeder mit einer Ausbildung weiterführende Berufsperspektiven entwickeln kann. Zugleich bestätigt Alinas Rat an junge Migrant*innen sehr schön die Arbeit von MiiDU. Wir vermitteln in Praktika, damit unsere Teilnehmer*innen Erfahrungen sammeln können und die Passung zur Ausbildung gelingt.

Dank an Alina Zelenchenok für das Gespräch und an Frank Männicke für die Fotos. Weitere Informationen zum Projekt finden Sie [hier](#):



Im vergangenen Juli hat LAMSA das Projekt MeMoGA, „Mentoring-Modelle für Geflüchtete als nachhaltiger Baustein der Integration in den Arbeitsmarkt“, gestartet.

Hauptzielgruppe des Mentorings in diesem Projekt sind erwachsene Geflüchtete, die ohne nachgewiesene Berufsabschlüsse und Zertifikate nach Deutschland kommen. Diese finden häufig keine Arbeit und bekommen nur wenige Angebote durch die bereits bestehenden Programme. Dabei hatten viele von ihnen bereits langjährige Arbeitserfahrungen in verschiedenen Bereichen, bevor sie flüchten mussten. Die dabei erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen müssen zunächst ermittelt und erkannt werden, um sie der hiesigen Arbeitswelt anzupassen. Ebenso gilt es, die sprachlichen Barrieren des/der Arbeitssuchenden zu überwinden und die Regelungen des deutschen Arbeitsmarktes zu vermitteln. Mentorinnen und Mentoren begleiten Geflüchtete und deren Familien in dieser Phase bei der Arbeitssuche. Die Begleitung folgt keinem festen Schema, sondern einem individuellen Ansatz zur Förderung und Unterstützung jedes einzelnen Geflüchteten und kann unterschiedlich lange dauern. Langfristig geht es darum, dass geflüchtete Menschen eine Arbeit finden, mit der sie für sich und ihre Familien sorgen können. Dies sollte eine Tätigkeit sein, die zu ihnen, ihrer Biographie und ihren Kenntnissen passt.

Das Projekt MeMoGA wiederum unterstützt die Arbeit der Mentor*innen, qualifiziert diese und bietet Weiterbildungen an. Mentoring oder vergleichbare Begleitungsangebote wie die der Lots*innen und Pat*innen werden bereits in einigen Projekten und Initiativen in Sachsen-Anhalt umgesetzt, mit denen MeMoGA zusammenarbeitet.



EU-weite Vernetzung des Mentorings

Im Rahmen des Projekts MeMoGA findet ein intensiver Austausch mit Mentoring-Projekten in Belgien, Schweden und Finnland statt. Beim ersten Treffen der Projektpartner, vom 20. – 22. September in Brüssel, wurden die unterschiedlichen Ansätze der jeweiligen Projekte vorgestellt. Beispielsweise ist das belgische Mentoring-Projekt an Hochschulen angebunden und richtet sich an Hochqualifizierte. Die Projektvorstellungen haben auch gezeigt, wie unterschiedlich und doch vergleichbar die

politischen Rahmenbedingungen in den EU-Staaten sind: Während Schweden auf eine staatlich getragene Integrationsarbeit setzt, ist diese in Belgien, ähnlich wie in der Bundesrepublik, an NGOs ausgelagert.

Die Kooperation mit Akteuren aus der Wissenschaft, im Rahmen des internationalen Austauschs, ermöglicht ein Zusammenspiel von praktischen Erfahrungen aus der Integrationsarbeit mit den theoretischen Ansätzen rund um den Begriff des Mentoring und dessen Bedeutung in der Migrationsgesellschaft.

Die Frage, welche Qualifikationen und Kompetenzen Mentor*innen benötigen und wie Mentoring auf Augenhöhe erfolgen kann, ohne dass die Dominanzverhältnisse der Gesellschaft während des Mentorings reproduziert werden, wurde in speziellen Workshops erörtert. Dabei wurde hervorgehoben, dass Mentoring als eine individuelle Form von Empowerment verstanden werden kann, bei der nicht nur die Qualifikation sondern auch die Persönlichkeit des Mentors bzw. der Mentorin von zentraler Bedeutung sind.

Der Impuls für das Projekt stammte aus einer gemeinsamen Initiative des belgischen Trägers mit der Hochschule Harz. Neben dem internationalen Austausch, der sich daraus entwickelt hat, setzt LAMSA das Projekt MeMoGA mit einer sehr praxisnahen Ausrichtung in eigener Regie um. Die Förderung durch ESF-Mittel wurde durch die Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt für den Zeitraum von Juli 2017 bis Dezember 2019 bewilligt.

Kontakt:

Carina Großer-Kaya, Projektleitung

Große Ulrichstraße 25

06108 Halle (Saale)

Tel.: 0345-51720288 | E-Mail: carina.grosser-kaya@lamsa.de

6

Sprachmittlung in Sachsen-Anhalt

SiSA baut Brücken der Verständigung

Menschen, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, können in Alltagssituationen, bei Ärzt*innen, bei Behördengängen, im Bildungssystem und in vielen weiteren Bereichen, nur eingeschränkt kommunizieren. Das Projekt SiSA – Sprachmittlung in Sachsen-Anhalt hat sich die Aufgabe gestellt, diesen Personen den sprachlichen Zugang zur deutschen Gesellschaft zu erleichtern. Über 300 Freiwillige und bis zu 13 Hauptamtliche sind seit November 2015 im Projekt dafür im Einsatz. Doch neben der konkreten Hilfe für Migrant*innen, in Form von Dolmetschen und Übersetzen, verfolgt SiSA auch strategische Ziele. Das hat sich insbesondere beim Fachtag zum Thema Sprachmittlung im Mai 2017 sowie in politischen Gesprächen im Sommer 2017, wie dem mit der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Sachsen-Anhalt, Cornelia Lüddemann, gezeigt, die sich bei einem Besuch in Dessau-Roßlau über das Projekt informierte.

Ziel von SiSA ist es, Migrant*innen die Partizipation an der Gesellschaft zu ermöglichen, indem Sprachbarrieren abgebaut werden. Ebenso wichtig ist es jedoch, Sprachmittler*innen, die dabei bereits helfen – egal ob ehrenamtlich oder hauptamtlich – weiter zu qualifizieren. Nicht zuletzt soll politisch thematisiert werden, dass Sprachmittlung selbstverständlich in den Kernbereichen der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben – Medizin, Bildung, Soziales – bereitgestellt werden muss, um eine Gleichbehandlung aller in Deutschland lebenden Menschen zu gewährleisten.

Gedolmetscht wird überall dort, wo Migrant*innen in Kontakt mit anderen Menschen oder gesellschaftlichen Institutionen kommen. Einerseits geschieht das ganz ungeordnet, beispielsweise durch „Nachbarschaftshilfe“. Nachbarn, Freunde, Bekannte oder Kinder begleiten als Laiendolmetscher zu Terminen. Zum anderen gibt es in Sachsen-Anhalt Sprachmittlungspools, wie beim Projekt SiSA, die ehrenamtliche und hauptamtliche Sprachmittler*innen vermitteln.

Um die verschiedenen Akteure zu vernetzen und mit Vertreter*innen der Institutionen und Personen an einen Tisch zu bringen, die für ihre Arbeit auf die Unterstützung von Sprachmittlung zurückgreifen, organisierte LAMSA am 18. Mai 2017 einen Fachtag.

Einig war man sich in allen Themenbereichen, dass es an gut ausgebildeten Dolmetscher*innen fehlt, dass verlässliche Standards für Sprachmittler*innen benötigt werden und dass Finanzmittel für Sprachmittlung bereitgestellt sowie gesetzliche Regelungen geschaffen werden müssen.



Sprachmittler*innen erhielten ihr IHK-Zertifikate.

Das Projekt SiSA greift einen Teil dieser Herausforderungen bereits auf, indem es verschiedene Schulungen für ehrenamtliche Sprachmittler*innen anbietet. In eintägigen Schulungen können Laiendolmetscher*innen eine schnelle Einführung in die Sprachmittlung erhalten. In einem mehrmonatigen Lehrgang, in Kooperation mit dem IHK-Bildungszentrum Halle-Dessau GmbH, können diese auch die IHK-Prüfung zum*zur Sprachmittler*in (IHK) ablegen. Die ersten Absolvent*innen dieses Kurses erhielten im Rahmen des Fachtags, am 18. Mai, ihre Zertifikate.

Schulungen für Sprachmittler*innen

20.10.2017 von 9 bis 15 Uhr
Roncalli-Haus, Raum 316
Max-Josef-Metzger-Str. 12/13
39104 Magdeburg

27.10.2017 von 10 bis 16 Uhr
Landratsamt Stendal
Hospitalstr. 1-2
39576 Stendal

Mit Stefanie Conradi, öffentlich bestellte Dolmetscherin, Mitglied im BDÜ.

„Sprachmittler*in (IHK)“

Ab 18. Oktober 2017 bis ca. März 2018

jeden Mittwochabend und jeden zweiten Samstag (insgesamt 150 Stunden)

IHK-Bildungszentrum Halle-Dessau GmbH

Julius-Ebeling-Straße 6

06112 Halle

Anmeldung bei:

Annik Trauzettel

Telefon: 0345-21389390

E-Mail: annik.trauzettel@lamsa.de

Sprachmittlungs-Hotline: Montag bis Freitag 8:00 bis 16:00 unter 0345/21389399

7

Landeskonzferenz des LAMSA 2017

LAMSA-Botschafter*innen gesucht

Landeskonzferenz des LAMSA 2017 - LAMSA-Botschafter*innen gesucht

10. und 11. November 2017

10. November ab 16:00 Uhr bis 11. November 16:00 Uhr

Diakoniewerk Halle

Lafontainestraße 15

06114 Halle (Saale)

Unsere Themen

Im Bundestags-Wahljahr 2017 erhielt auch das Thema politische Partizipation von Migrant*innen zusätzliche Aufmerksamkeit. Uns, als Verband der Migrant*innenorganisationen (MO), beschäftigen ebenfalls viele weitere Themenfelder, wie interkulturelle Kompetenz, interkulturelle Öffnung, Diskriminierung, transkulturelle Demokratieverständnisse, welche die Partizipation von Migrant*innen erheblich beeinflussen. Wie sehen aber die Vertreter*innen der MOs den gegenwärtigen Zustand der Beteiligungskultur, welche Erfahrungen haben sie gemacht und welche Maßnahmen halten sie für eine verbesserte Partizipation für notwendig?

Kurzpräsentationen als „Elevator-Pitch“ der Vertreter*innen der MOs

Viel zu häufig sind Migrant*innen bei Fachtagen/-veranstaltungen immer noch „nur“ Teilnehmende. Die Rolle von Migrant*innen als Expert*innen bzw. Referent*innen kommt viel zu kurz. Im Rahmen der Landeskonzferenz soll sich das ändern. Wir vertauschen die Rollen: Migrant*innen präsentieren ein Thema und die Gäste aus Verbänden und Institutionen der Einwanderungsgesellschaft fragen nach.

So werden 10 Repräsentant*innen der MOs aufgefordert, zu vorgegebenen Themen Stellung zu nehmen. Die Themenauswahl wird nach dem Zufallsprinzip, durch das Losverfahren, entschieden. Demnach sollen die Migrant*innen einen 2-minütigen „Elevator-Pitch“ – also eine Kurzpräsentation, die die wichtigsten

Aspekte eines Themas zusammenfasst - halten. Anschließend stellen sie sich den Nachfragen und Kommentaren der Gäste.

Als „Kommentator*innen“ haben bereits Herrn Johannes Krause (DGB Region Halle-Dessau) und Frau Dr. Gabriele Girke (Der Paritätische Landesverband) zugesagt. Weitere Personen aus den Bereichen Kultur und Religion sind angefragt.

10 Jahre LAMSA

Zugleich startet die Jubiläumskampagne zu „10 Jahre LAMSA.“ Im November 2008 wurde das Landesnetzwerk gegründet. Mit der Jubiläumskampagne wollen wir unsere Erfahrungen im Themenkomplex politische Partizipation verstärkt nach außen tragen. In Form von Veranstaltungen sowie einer Postkartenaktion wollen wir die LAMSA-Geschichte, als politischen Weg der Interessenvertretung, authentisch und selbstbewusst präsentieren. Hierfür werden 10 LAMSA-Botschafter*innen gesucht. Die Mitgliedsorganisationen des LAMSA sind aufgerufen, Vorschläge für persönliche Aktionen zu unterbreiten, die die Kampagne „10 Jahre LAMSA“ bereichern sollen.

Thematische

Die Landeskonferenz ist für die Migrantenorganisationen auch eine Plattform für Austausch und Weiterbildung. In bewährter Weise wird die Konferenz am zweiten Tag mit Thematischen zu unterschiedlichen Handlungsfeldern fortgesetzt. In fünf „World-Cafés“ arbeiten wir thematisch zu „Interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz der MOs“, „Medienkompetenz“, „Mediale Teilhabe der Migrant*innen“, „Religion als interkulturelle Basis“ und schließlich „Herausforderungen der MOs vor Ort“.

Vorstandswahl

In diesem Jahr wird wieder der Vorstand gewählt. Jedes LAMSA-Mitglied kann für den Vorstand kandidieren. Wird man durch die Mitgliederversammlung gewählt, so hat man die Möglichkeit, zwei Jahre lang die Arbeit des LAMSA maßgeblich mitzubestimmen. Mehr noch: Als Vorstandsmitglied vertritt man LAMSA nach innen und nach außen und nimmt so eine der wichtigsten Aufgaben des LAMSA wahr – die Interessenvertretung der Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen-Anhalt.

Die Landeskonferenz des LAMSA 2017 ist ein MUSS für alle Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt! Wir freuen uns am Freitag, den 10. November 2017, in Halle (Saale) auf alle Teilnehmer*innen der Landeskonferenz!

„Sprachmittler*in (IHK)“

Ab 18. Oktober 2017 bis ca. März 2018

jeden Mittwochabend und jeden zweiten Samstag (insgesamt 150 Stunden)

IHK-Bildungszentrum Halle-Dessau GmbH

Julius-Ebeling-Straße 6

06112 Halle

Schulungen für Sprachmittler*innen

20. Oktober 2017 von 9 bis 15 Uhr

Roncalli-Haus, Raum 316

Max-Josef-Metzger-Str. 12/13

39104 Magdeburg

Mit Stefanie Conradi, öffentlich bestellte Dolmetscherin, Mitglied im BDÜ.

Anmeldung bei:

Annik Trauzettel

Telefon: 0345-21389390

E-Mail: annik.trauzettel@lamsa.de

Projekt ENTKNOTEN**Empowerment-Workshop für Engagierte in Migrantenorganisationen**

21. und 22. Oktober 2017 von 10 bis 17 Uhr in Halle (Saale)

Erleben Sie Vorurteile oder Diskriminierung aufgrund Ihres Aussehens, Ihrer Sprache, Religion, Herkunft,... und suchen Stärkung für sich und Ihr Engagement? Nehmen Sie an diesem Workshop teil und erkennen und nutzen Sie Ihre eigenen verborgenen Kräfte und Stärken. Das Training richtet sich an Menschen mit Migrationshintergrund bzw. People of Color die sich in unterschiedlichen Projekten und Vereinen engagieren. Der Workshop wird geleitet vom Diversity-Trainer und Mediator Lawrence Oduro-Sarpong. Der Workshop ist kostenlos und beinhaltet Unterkunft sowie Verpflegung. Fahrtkosten können erstattet werden.

Anmeldung bei:

LAMSA e.V.

Große Ulrichstr. 25

06108 Halle (Saale)

Fax: 0345 – 151 49 155

E-Mail: carlos.glietsch@lamsa.de

Schulungen für Sprachmittler*innen

27. Oktober 2017 von 10 bis 16 Uhr

Landratsamt Stendal

Hospitalstr. 1-2

39576 Stendal

Mit Stefanie Conradi, öffentlich bestellte Dolmetscherin, Mitglied im BDÜ.

Anmeldung bei:

Annik Trauzettel

Telefon: 0345-21389390

E-Mail: annik.trauzettel@lamsa.de

Landeskonzferenz des LAMSA 2017 - LAMSA-Botschafter*innen gesucht

10. und 11. November 2017

10. November ab 16:00 Uhr bis 11. November 16:00 Uhr

Diakoniewerk Halle

Lafontainestraße 15

06114 Halle (Saale)

Projekt ENTKNOTEN

Empowerment-Workshop für Frauen mit Rassismuserfahrungen

02. und 03. Dezember 2017, 10-17 Uhr in Halle (Saale)

Der Workshop bietet einen „safer space“ für einen Austausch darüber, inwieweit Rassismus(erfahrungen) uns geprägt hat/haben, welche (Widerstands-)Strategien wir entwickelt haben und welche Visionen, nach einem schöneren Leben, wir ins uns tragen. Wir arbeiten sowohl mit klassischen Methoden der politischen Bildungsarbeit, als auch mit Biographie- & Theaterarbeit. Dieses Training richtet sich ausschließlich an Frauen* mit Rassismuserfahrungen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit, ihres Namens oder ihrer Sprache mit Rassismus konfrontiert sind. Der Workshop ist kostenlos und beinhaltet Unterkunft sowie Verpflegung. Fahrtkosten können erstattet werden.

Rückfragen unter:

LAMSA e.V.

Große Ulrichstr. 25

06108 Halle (Saale)

Telefon: 0345 – 517 202 88

E-Mail: mary.lange@lamsa.de

Bildungsveranstaltungen für den Zeitraum 25.09. bis 30.11.2017 im Bundesfreiwilligendienst im Sonderprogramm mit Flüchtlingsbezug:

Datum	Zeit	Titel	Ort
25.09.2017- 29.09.2017	10:00-16:00	JuLeiCa (Jugendleitercard)	Magdeburg
05.10.2017	10:00-16:00	Einführung in den Bundesfreiwilligendienst	Magdeburg
10.10.2017	10:00-16:00	Reflexion des BFD – Rückblick und Ausblick	Halle (Saale)
17.10.2017	10:00-16:00	Jüdisches Leben in Halle mit anschließender Altstadtführung	Halle (Saale)
23.10.2017	10:00-16:00	Die (Un)Sichtbaren in der Mitte: Sprachmittlung im Bundesfreiwilligendienst	Halle (Saale)
25.10.2017	10:00-16:00	Migration und Flucht aus und nach Deutschland	Magdeburg
07.11.2017	10:00-16:00	Schnitzkurs	Halle (Saale)
10.11.2017 -11.11.2017	10:00-16:00	Mitgliederversammlung LAMSA e.V.	Halle (Saale)
20.11.2017	10:00-16:00	Wenn der Krieg vorbei ist - ein Einblick in die "Vergangenheitsaufarbeitung"	Magdeburg
30.11.2017	10:00-16:00	Erste-Hilfe-Kurs	Magdeburg

Weitere Informationen:

Zofia Singewald

Projektkoordinatorin BFDmF

Bernburger Straße 25a

06108 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 471 092 27

Fax: (0345) 515 941 55

E-Mail: zofia.singewald@lamsa.de



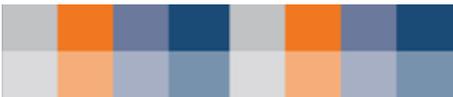
SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales und
Integration



LAMSA Newsletter

Ausgabe Nr.
17/2017-03



Impressum

Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.
Bernburger Str. 25a | 06108 Halle (Saale) | Amtsgericht Stendal: VR3874

Vorstandsvorsitzender: Nguyen Tien Duc
Geschäftsführer: Mamad Mohamad

Redaktion: Edith Strasburger, Mika Kaiyama (V.i.S.d.P.)

Layout: Jing Zhou

Fotos © : LAMSA e.V.

Telefon: (0340) 870 588 32 | Email: info@lamsa.de | Web: www.lamsa.de

Redaktionsschluss: 25.09.2017